

alle anderen, wie Universitäten und Ärztekammern, wie Armee und Beamtenschaft, der hohe Stellenwert, den sie dem Verhalten von Bischöfen, Klerus und Kirchenvolk bei der kontinuierlichen Überwachung durch Geheimpolizei und Verwaltungsapparat einräumte, die Härte, mit der sie besonders gegen die Versuche zur Aufrechterhaltung einer eigenständigen Jugendarbeit vorging – trotz Zwangsmitgliedschaft in der »Staatsjugend« und trotz Verbot kirchlicher Verbände –, das alles legt ein sprechendes Zeugnis ab von der Einschätzung, die das Regime dem kirchlichen Widerstand entgegenbrachte.

Je tiefer die zeitgeschichtliche Forschung in die Details hinabsteigt, je weiter sie sich entfernt von den Akten und der Optik der Regierenden, je intensiver sie sich mit den Betroffenen beschäftigt, um so vielfältiger, aber auch realistischer wird dieses Bild eines spezifisch kirchlichen Widerstands, der sich weniger in spektakulären Aktionen als in der stillen Arbeit an der Erhaltung von weltanschaulich autonomen Inseln inmitten der braunen Flut betätigte.

Vatikan und Weimarer Republik

Von Heinz Hürten

Es mag auf den ersten Blick überraschen, eine umfangreiche Monographie in die Hand zu bekommen, die als ihren Gegenstand ausdrücklich die diplomatischen Beziehungen des Papstes zu einem bestimmten Staat bezeichnet.¹ Denn wenn uns auch geläufig ist, daß beim Hl. Stuhl auswärtige Gesandte akkreditiert sind und dieser in vielen Ländern durch eigene Vertreter mit diplomatischem Status repräsentiert wird, an internationalen Organisationen sich beteiligt und mit vielen Mitgliedern der Staatenwelt durch Verträge verbunden ist, die Völkerrechtscharakter haben, so gilt uns der Papst doch als eine der Staatengesellschaft gleichsam übergeordnete moralische Instanz, die Stellung bezieht oder darum (manchmal vergeblich) gebeten wird, aber doch nicht eigentlich als eine Größe innerhalb des außenpolitischen Kräftespiels, in dem die Staaten um Macht und Einfluß konkurrieren. Aber es ist nicht das geringste Verdienst der Arbeit von St. A. Stehlin, uns zu zeigen, daß die weite Aufmerksamkeit erregenden Aktionen des Vatikans, in denen die ihm eigene Sonderrolle in der politischen Welt ihren Ausdruck findet, einen ständigen Dialog mit allen gesprächsbereiten Staaten der Welt voraussetzen und die Wahrnehmung der dem Hl. Stuhl nach seinem Selbstverständnis obliegenden Funktion als »*summus interpres et vindex legis aeternae*« (Benedikt XV.) eingebunden ist in die rasch wechselnden Konstellationen der internationalen Lage. Es heißt darum nicht nur eine Lücke im Forschungsstand auszufüllen, wenn nach der eindringlichen Erforschung der Beziehungen, die das

1 Stewart A. Stehlin, *Weimar and the Vatican, 1919-1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years*. Princeton University Press 1983. XVI und 490 S. Alle im folgenden angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch. Es ist nicht der Zweck dieser Abhandlung, die Arbeit von Stehlin im Sinne einer wissenschaftlichen Rezension zu würdigen, sondern ihren Ertrag darzustellen und zur Grundlage für die Reflexion des Lesers über die historischen Vorgänge und die ihnen zugrunde liegenden strukturellen Fragen zu machen.

Deutsche Reich in der Weimarer Periode mit England, Frankreich und der Sowjetunion unterhielt, auch diejenigen analysiert werden, die Berlin mit dem päpstlichen Rom verbanden, sondern eine bessere Kenntnis davon zu vermitteln, wie die Kirche in ihrer konkreten Leibhaftigkeit ihrem Auftrag nachkommt, wie sie in der internationalen Gesellschaft souveräner Staaten ihre Position zu wahren und zu verbessern sucht, um ihr gegenüber die Freiheit zu gewinnen, welche die Voraussetzung ihres Wirkens ist. Außenpolitik als Wächteramt, dies ist das eigentliche, hinter der methodisch strengen, anhand der Akten geführten Untersuchung Stehllins aufscheinende Thema.

Während nach der zutreffend und witzig formulierten Ansicht Stehllins heutzutage die Staaten darauf bedacht sind, wenn sie schon Gott nicht auf ihrer Seite haben können, wenigstens den Papst dort zu sehen (S. VIII f.), war das internationale Ansehen des Papstes in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, unter dem Pontifikat Pius' X. tief gesunken. Italien hatte es nicht nur 1898 durchgesetzt, daß der Hl. Stuhl, mit dem es wegen der unerledigten »Römischen Frage« in einem Zustand formeller Nichtbeachtung lebte, entgegen dem Wunsch des russischen Zaren zur Friedenskonferenz im Haag nicht eingeladen wurde; in dem Londoner Geheimvertrag von 1915, in dem Italien für den Kriegseintritt auf der Seite der *Entente* seine Forderungen zugestanden erhielt, hatte es auch die Zusage erreicht, daß der Papst von künftigen Friedensverhandlungen ausgeschlossen bleiben sollte. Aber dieser versuchte Ausschluß des Papstes von der Staatengesellschaft lief einer internationalen Entwicklung entgegen, die der Kurie, die unter Benedikt XV. alsbald nach dessen Thronbesteigung es als ihre Aufgabe bezeichnet hatte, in dem vor wenigen Monaten begonnenen europäischen Krieg neutral (»nullius partis«) zu sein, eben wegen ihrer Neutralität neue Bedeutung im Leben der Völker zuwies. Großbritannien und die Niederlande entsandten während des Krieges diplomatische Vertreter zum Vatikan, neu entstandene Staaten wie Finnland und Estland kamen dort um ihre diplomatische Anerkennung ein, und der amerikanische Präsident Wilson besuchte den Hl. Vater, als er nach Europa kam, um den Frieden zu machen. Es waren nicht allein die Bemühungen des Papstes um eine möglichst rasche Beendigung des Krieges gewesen, die seine diplomatische Position so spürbar verbesserten, sondern auch seine Maßnahmen zur Linderung des unendlichen Elends, das der Krieg über die Menschen gebracht hatte. Gleichwohl hatte die Haltung Benedikts nicht überall Anerkennung gefunden, beide Kriegsparteien waren argwöhnisch gewesen, daß der Papst die Gegenseite bevorzuge, und dieser hatte manchem diplomatischen Druck standhalten müssen, um nicht aus seiner Stellung oberhalb der Fronten verdrängt zu werden. Zudem waren ihm die Schwierigkeiten seiner politischen Situation auf italienischem Boden deutlich demonstriert worden, als die bei ihm akkreditierten Gesandten der Mittelmächte Rom nach dem Kriegseintritt Italiens hatten verlassen müssen. Neutralität war für den Hl. Stuhl während des Ersten Weltkrieges nicht Tatenlosigkeit gewesen, sondern Voraussetzung für Hilfe und Vermittlung zwischen beiden Parteien. Nach einer von Stehllin aufgestellten These bedeutete Neutralität im Sinne der Kurie freilich mehr. »Nullius partis« zu sein, hieß nach seiner Auffassung auch, Gleichgewicht zwischen den Mächten zu halten, keine der anderen gegenüber zu bevorzugen oder ihr eine Vorherrschaft zuzugestehen (S. 16, ähnlich S. 20). Aus diesem Konzept erwuchs bei Kriegsende die Konsequenz, dem geschlagenen Deutschland mit besonderem Nachdruck Hilfe zu gewähren (S. 20). Sichtbarer Ausdruck dieser verstärkten Hinwendung

der Kurie zu Deutschland war der Ausbau der diplomatischen Beziehungen durch Akkreditierung einer deutschen Botschaft beim Vatikan und die Entsendung eines Nuntius nach Berlin unter gleichzeitiger Beibehaltung der bisherigen bayerischen Vertretung. Diese Lösung entsprach dem Wunsch des Vatikans; um sie durchzusetzen, bedurfte es allerdings intensiver Diskussionen in Deutschland, bei denen die Kompetenzabgrenzungen zwischen Reich und Ländern nach der verfassungsmäßigen Neuordnung von 1919 von zentraler Bedeutung waren. Das Reich brauchte seinerseits diesen neuen diplomatischen Außenposten, um Aktionen der ehemaligen Kriegsgegner an der Kurie entgegenzuwirken, aber wohl mehr noch, um bei der Verfolgung der eigenen Ziele die Unterstützung des Hl. Stuhls zu gewinnen. Hinzu traten die Fragen der inneren Neuordnung in der jungen Republik; die staatskirchenrechtlichen Verhältnisse mußten, nachdem die alten Regelungen sachlich überholt und in ihrer weiteren Gültigkeit fragwürdig geworden waren, reorganisiert werden. So wurde die Nachkriegszeit zu einer Epoche intensiver deutsch-vatikanischer Zusammenarbeit.

Benedikt XV. hatte dafür schon beachtliche Vorleistungen erbracht. Er hatte die Welt zur Hilfe für das hungernde Mitteleuropa aufgerufen und aus eigenen Mitteln geholfen, er hatte sich für die Entlassung der Kriegsgefangenen eingesetzt und sich gegen den Art. 227 des Versailler Vertrages ausgesprochen, der den Kaiser und die militärische Führung Deutschlands als Kriegsverbrecher vor Gericht bringen sollte. So konnte Reichspräsident Ebert dem Papst für vielfältige Hilfe danken lassen, als der deutsche Vatikanbotschafter sein Beglaubigungsschreiben überreichte (S. 57f.). Die Möglichkeiten, die sich für die deutsche Politik durch die Vertretung beim Vatikan eröffneten, waren andererseits Anlaß für Frankreich, die angekündigte, aber hinausgezögerte Entsendung eines Diplomaten an die Kurie zu beschleunigen. Hatte man auf deutscher Seite die Gefahr gesehen, daß Polen, das seit 1918 dort vertreten war, oder einer der Kriegsgegner am Vatikan kirchliche Bestimmungen durchsetzen könnte, die seinen territorialen Ansprüchen gegen Deutschland entgegenkommen oder anderen deutschen Interessen hinderlich sein könnten, so wurde in Frankreich nach der Eröffnung der deutschen Vertretung die Sorge laut, daß die Saarbevölkerung gegen Frankreich eingenommen werden könne mit dem Argument, es sei kirchenfeindlich, weil es im Zuge der Trennung von Staat und Kirche auch seine Beziehungen zum Vatikan abgebrochen hatte. Eine französische Botschaft beim Hl. Stuhl sollte, so hoffte man in Frankreich, auch auf die Deutschen im besetzten Rheinland und im Süden einen günstigen Eindruck machen. »Die heikle Natur der Nach-Versailles-Ordnung hatte somit das internationale Spiel nur gesteigert, den Vatikan zu umwerben und dort die Vorherrschaft zu gewinnen« (S. 60). Im Gegenzug zu dem befürchteten Einfluß Frankreichs an der Kurie erreichte Deutschland die Erhebung des Münchner Erzbischofs Faulhaber zum Kardinal, wodurch ein Deutscher mehr ins Hl. Kollegium kam. Berlin versuchte nicht nur über dieses internationale Gremium, sondern auch durch Kontakte der Bischöfe mit Rom und durch deutsche Besucher an der Kurie seinen Standpunkt geltend zu machen. Die offenkundige Unzufriedenheit des Vatikans mit der Friedensregelung von Versailles, an deren Zustandekommen er keinen Anteil hatte und die er als ungebührlich belastend für Deutschland ansah, machte ihn leicht für deutsche Kritik an den Bestimmungen des Vertrages empfänglich. Kardinalstaatssekretär Gasparri, im Maße des Möglichen unterstützt vom Nuntius in Deutschland Pacelli, versuchte etwa, bei der Erörterung der Reparations-

frage den deutschen Standpunkt zu begünstigen, den Hauptgläubiger der Alliierten, die USA, in deren Regelung einzuschalten und das ganze Problem zu entpolitisieren, es zu einer Frage internationaler Schuldenabwicklung zu machen, bei der politische und militärische Sanktionen außer Betracht bleiben sollten. So konnte der neue Papst Pius XI. dem deutschen Vatikanbotschafter im August 1922 versichern, daß die Kurie alle Kanäle benützt habe, um einer Lösung näherzukommen, wenn er ihn auch mit der Hoffnung bescheiden mußte, daß die wiederholten Mahnungen des Hl. Stuhls zur Mäßigung ihren Eindruck auf die Dauer nicht verfehlen würden. Wenn die Aktionen der Kurie auch praktisch keine Wirkung erzielten, so besaß das Reich durch sie doch eine gewisse Möglichkeit, seine Ansichten der Gegenseite näherzubringen. Auch auf dem Gebiet der Rüstungsbeschränkungen fand Deutschland Verständnis und Unterstützung für seinen Standpunkt durch den Vatikan. Der »Osservatore Romano« sprach sich für die Beibehaltung der in der Nachkriegszeit geschaffenen Einwohnerwehr aus, und Gasparri setzte sich im diplomatischen Verkehr dafür ein, daß sie wenigstens in Bayern erhalten bliebe (S. 74). So deutlich die Unterstützung der Kurie für derartige deutsche Wünsche war, so wenig konnte es sie sich auf der anderen Seite erlauben, aus der Haltung formeller Neutralität herauszutreten. Im Frühjahr 1921 lagen die Kardinäle Dubois von Paris und Schulte von Köln in öffentlicher Kontroverse über ihre Haltung im Kriege, und der Papst mußte es dem deutschen Reichskanzler, dem Katholiken Joseph Wirth, versagen, dem Vatikan einen Besuch abzustatten, um die Vermittlungsabsichten der Kurie nicht zu gefährden. Bemerkenswert für die Einschätzung der europäischen Situation durch die vatikanische Diplomatie ist auch die Haltung ihrer Vertreter zu den separatistischen Bestrebungen in Süd- und Westdeutschland. Pacelli lehnte den ihm nahegebrachten Gedanken scharf ab, die Selbständigkeit Bayerns sei für die Kirche von Nutzen, und Gasparri erklärte dem bayerischen Gesandten am Vatikan, eine Aufteilung des Reiches würde das europäische Gleichgewicht unmöglich machen. Das Reich war außenpolitisch wie kirchenpolitisch eine feste Größe in den Plänen des Vatikans, die durch kurzfristige Avancen als Lohn für die Unterstützung separatistischer Bestrebungen nicht aufs Spiel gesetzt werden durften, und das Reich erfuhr von hier aus durch den Vatikan stabilisierende Unterstützung. Hatte die Vertretung an der Kurie bislang vornehmlich dazu gedient, die deutschen Wünsche auf Milderung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu transportieren, so wurde hier die erhaltende Wirkung dieser Beziehung deutlich. Ein Reichskonkordat konnte zu einem wichtigen Instrument werden, die Republik in ihrem politischen und territorialen *Status quo* festzuschreiben und damit allen über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehenden Bestrebungen zur Minderung oder Lockerung des Reichsverbandes entgegenzuwirken.

Fast alle Gebiete, die das Deutsche Reich durch den Versailler Vertrag verlor oder deren politisches Schicksal von einer Volksabstimmung abhängig war, hatten eine mehrheitlich katholische Bevölkerung. Die Verminderung der Katholikenzahl innerhalb des deutschen Staatsgebietes und die damit fast zwangsläufig verbundene Schwächung der Zentrumsparterie waren für die Kurie Grund genug, mit ihren Mitteln der deutschen Politik beizustehen bei ihren Versuchen, den verbliebenen Besitzstand soweit noch möglich zu bewahren, auch wenn diese Politik sich gegen das katholische Polen auswirken mußte, das mit der Kurie in besten Beziehungen lebte. Gasparri war stets besorgt, daß Polen durch seine Gebietsansprüche gegen alle seine Nachbarstaa-

ten sich die Chancen seiner künftigen Entwicklung verderbe, weil es allein auf sich selbst gestellt zu schwach sein werde, seinen Gegnern standzuhalten. Der Kardinalstaatssekretär fürchtete zudem, daß Polen seine Nachkriegspolitik einmal teuer bezahlen werde, wenn Deutschland wieder erstarkt sei (S. 126). Kirchenpolitische Zielsetzungen im bilateralen Verhältnis zu einzelnen Staaten und gesamteuropäische Perspektiven zur Stabilisierung einer dauerhaften Nachkriegsordnung, die Versailles nach Auffassung der Kurie eben nicht gebracht hatte, durchdrangen einander ständig und zwangen zu behutsamen Taktieren. Ein besonders dorniges Problem für die Kurie wurde die Abstimmung in Oberschlesien, wo sie kaum einen Zug tun konnte, der nicht von der Gegenseite als Benachteiligung ausgelegt wurde. Weigerte sich auch der Vatikan, das Abstimmungsgebiet bis zur endgültigen Entscheidung aus dem Bistum Breslau herauszulösen, so bestimmte er andererseits den Nuntius in Warschau, Achille Ratti, den späteren Papst Pius XI., zum Kommissar für die Abstimmungsgebiete in Oberschlesien, Ost- und Westpreußen, auf die sich die polnischen Hoffnungen richteten. Der gegenseitige Argwohn der Parteien war so stark, daß die Lage für den päpstlichen Kommissar bald unhaltbar wurde. Seine Ernennung zum Erzbischof von Mailand war der Ausweg aus einer Situation, in der die Kurie es keiner Seite recht machen konnte, sondern sich damit begnügen mußte, mal der einen, mal der anderen entgegenzukommen, um dem Anschein der Parteilichkeit entgegenzuwirken. Wenn auch in Oberschlesien die Entscheidung der Alliierten über die Grenzziehung nach dem Ausgang der Abstimmung anders ausfiel, als die Kurie gewünscht hatte (Ratti hatte den vom italienischen Vertreter vorgelegten Plan unterstützt, der das Industriegebiet dem Deutschen Reich zuwies. S. 114), so bedeutete die schließliche Neuordnung der kirchlichen Kompetenzen im Preußenkonkordat eine Stabilisierung des beim Reich verbliebenen Territoriums in seiner Zugehörigkeit zu Deutschland. Breslau wurde zum Erzbistum erhoben und ihm die Diözese Ermland und die neu geschaffene Prälatur Schneidemühl unterstellt. Damit waren alle kirchlichen Jurisdiktionsgebiete an der deutsch-polnischen Grenze unter einem Zentrum zusammengefaßt und in einer völkerrechtlichen Abmachung enger an das Reich gebunden.

In den Kreisen Eupen und Malmédy, die an Belgien fielen, verlief die Auseinandersetzung über die interimistische kirchliche Verwaltung glimpflicher, weil die Spannungen zwischen beiden Seiten geringer waren. Wie im Osten blieb die Jurisdiktion des Ordinarius gewahrt, gleichwohl handelte auch hier an seiner Stelle ein päpstlicher Kommissar. Komplizierter, aber im Endergebnis den deutschen Interessen stärker entsprechend war die Lösung nach der definitiven Grenzziehung. Die Kurie widersetzte sich belgischen Wünschen auf Eingliederung dieser Gebiete in eine oder gar zwei belgische Diözesen, sondern gestand nur die zeitweilige Unterstellung unter das Bistum Lüttich zu, bis eine eigene Diözese Eupen-Malmédy gebildet werde. Damit war im Rahmen des kirchlich Möglichen dieser Raum vor nationalistischer Gleichschaltung durch Belgien geschützt. Als dann die neue Diözese nicht zustande kam, blieb dieses Gebiet entgegen belgischen Wünschen ungeteilt unter Lüttich, erhielt aber einen deutschsprechenden Generalvikar und Garantien für den Gebrauch der deutschen Sprache in Schule und Kirche.

Die Konfliktzonen blieben aber nicht begrenzt auf abgetretene Gebiete. Frankreich bemühte sich, bei der Erledigung bischöflicher Stühle im besetzten Rheinland seinen Einfluß auf die Stellung der neuen Bischöfe geltend zu machen, denn es kam ihm

darauf an, über den Klerus Stimmung zugunsten der französischen Politik zu machen. In klugem Zusammenspiel von Kurie, Reichsregierung und Länderregierungen sind alle derartigen französischen Ambitionen gescheitert, ohne daß dadurch die Beziehungen Roms zu Paris verschlechtert worden wären. Allen Kontrahenten konnte die Kurie bei solchen Auseinandersetzungen die Ansicht nahebringen, daß ein Konkordat das geeignete Mittel wäre, um ihre Zusammenarbeit besser zu begründen und ihren Interessen gerecht zu werden. Auch allen französischen Wünschen auf Errichtung eines selbständigen Bistums für das unter Völkerbundsverwaltung stehende Saargebiet hat sich der Vatikan in Übereinstimmung mit den zuständigen Bischöfen von Trier und Speyer sowie Klerus und Volk an der Saar widersetzt. Rom verschob ausdrücklich jede Entscheidung über eine Änderung der kirchlichen Jurisdiktion in diesem Territorium bis zum definitiven Plebiszit, das für 1935 festgesetzt war und dann mit der erwartungsgemäß erfolgten Rückgliederung dieses Gebietes an Deutschland die Frage eines Saarbistums erledigte. Die Haltung des Vatikans hat es verhindert, daß französischer Einfluß über kirchliche Kanäle in die umstrittenen Gebiete im Westen eindringen konnte. Der deutsche Vatikanbotschafter konnte 1935 mit vollem Recht feststellen, daß das Reich allen Grund habe, mit der Politik der Kurie zufrieden zu sein (S. 207).

In das Zentrum einer europäischen Krise geriet der Hl. Stuhl durch die Besetzung des Ruhrgebietes im Jahre 1923. Der Vatikan hatte stets einer weiteren Schwächung Deutschlands durch militärische Sanktionen entgegengewirkt und war darum auch jetzt bereit, Deutschland seine Unterstützung zu leihen, ohne dabei allen Berliner Wünschen willig nachzukommen. Im Interesse einer Stabilisierung des gefährdeten Friedens in Europa drängte er auf eine praktikable Lösung der Reparationsfrage, ohne dabei die Rechtsstandpunkte und Tatsachenbehauptungen beider Seiten zu bestätigen oder in Frage zu stellen. Ein päpstlicher Beobachter, Msgr. Testa, wurde in das besetzte Gebiet entsandt, um aus erster Hand zu berichten. Damit entsprach die Kurie freilich nicht ganz dem, was man sich von ihr in Deutschland erwartet hatte. Die Lutherische Kirche Schwedens und ein internationaler Methodistenkongreß hatten das Vorgehen Frankreichs aus moralischen Gründen öffentlich verurteilt. Der Vatikan hingegen schwieg; aber er blieb im diplomatischen Kontakt mit allen beteiligten Mächten. Der Brief Pius' XI. an den Kardinalstaatssekretär vom 27. Juni 1923 über die Reparationsfrage vermied sorgfältig jede Schuldzuweisung, er war ein Appell zu einer gerechten und vernünftigen Lösung des Problems im Geiste christlicher Liebe. Der Papst konnte deshalb den Protest Frankreichs gegen diese Verlautbarung gleich mit der Frage beantworten, ob denn Frankreich seine bisherige Politik als erfolgreich betrachte und wo es denn für sein Vorgehen in der internationalen Welt noch Unterstützung finde. Der Verzicht auf eine moralische Qualifizierung der Vorgänge ermöglichte es Rom, weiter an einer praktischen Lösung zu arbeiten. Die durch das Vorgehen des Papstes anscheinend eröffneten Möglichkeiten zu einer allmählichen Klärung des Problems wurden jedoch jäh zunichte durch einen Anschlag deutscher Heißsporne auf einen belgischen Militärtransport, dem neun Soldaten zum Opfer fielen. Die Kurie protestierte sofort, konnte aber damit nichts mehr retten; sie fuhr jedoch fort, für die von französischen Militärgerichten Verurteilten ihre Fürsprache einzulegen, und auf diesem Gebiet war ihr mancher Erfolg beschieden. Gasparri erkannte mit der Zeit, daß die Haltung Frankreichs letztlich nicht ökonomisch,

sondern politisch bedingt war und konnte darum kein Angebot an die deutsche Seite vermitteln, ob und wie der unvermeidlich gewordene Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr von Frankreich honoriert werden würde. Er machte im diplomatischen Verkehr auch keinen Hehl aus seiner Ansicht, daß Frankreich die Reparationen nur benutze, um Deutschland weiter niederzuhalten. Die separatistischen Bestrebungen des Jahres 1924 konnten schon deshalb nicht auf Sympathien des Vatikans stoßen. Als mit dem Abbruch des Ruhrkampfes und der Niederwerfung der separatistischen Unruhen der Höhepunkt der Auseinandersetzungen überschritten war und eine friedliche Lösung sich anbahnte, konnte der päpstliche Beobachter im September 1924 zurückberufen werden. Msgr. Testa hatte sich die Anerkennung beider Seiten erworben, obwohl er anfänglich auch im Urteil der vatikanischen Zentrale den Franzosen zu weit entgegengekommen war. Aber sein Argument war gewesen, daß gute persönliche Beziehungen zur Besatzungsmacht die Voraussetzung dafür seien, seine karitativen Aufgaben in Deutschland um so besser zu erfüllen. Er hatte sich bemüht, den deutschen Klerus von öffentlichen Erklärungen zurückzuhalten, die momentane Begeisterung entfacht, eine friedliche Lösung aber noch weiter erschwert hätten, und er hatte in vielen Gesprächen dazu beigetragen, den wirkungslos, ja schädlich gewordenen passiven Widerstand preiszugeben. Damit hatte er nicht nur der französischen Seite gedient. Man erkannte in Berlin, daß Testa die deutsche Sache nicht zuletzt dadurch gefördert hatte, daß er niemals zur Partei geworden war. Er hatte auf seine Weise die Richtigkeit der vatikanischen Anschauungen demonstriert, daß eine Verurteilung des französischen Vorgehens aus moralischen Gründen die Verhandlungen, ohne die keine Lösung erreicht werden konnte, nur erschweren würden. Seine Haltung hat somit dazu beigetragen, der Diplomatie zu ermöglichen, ihre Arbeit zur Überwindung der Ruhrkrise zu tun. An dieser selbst hatte der Vatikan keinen Anteil mehr. Wenn somit die nachweislichen Erfolge der Kurie gering blieben, so steht doch fest, »daß der Vatikan, als andere Regierungen noch zögerten, sich ins Mittel zu legen, bereits gehandelt hatte, um die Lage der Gefangenen und der Zivilbevölkerung zu verbessern, deren Situation ohne diese Hilfe viel schlimmer gewesen wäre« (S. 273). Die Kurie hatte alle Möglichkeiten genutzt, um die Diskussion über eine Lösung in Gang zu halten, und sie war stets bereit gewesen, auf Bitten der deutschen Regierung zu intervenieren.

Die Hilfe für das Reich entsprang nach Stehlin's ansprechender Vermutung nicht nur karitativen Motiven, sondern auch der Sorge um den europäischen Frieden. Deutschland mußte um Europas willen geholfen werden, damit es nicht den vom Kommunismus ausgehenden Gefahren erlänge. Aber auch kirchenpolitische Interessen sprachen für die Unterstützung des Reiches. Französische Vasallenstaaten im Westen und Süden Deutschlands wären auf die Dauer vermutlich demselben laikalen Regiment ausgesetzt worden, das in Frankreich herrschte. Für eine gedeihliche Entwicklung der Verhältnisse von Kirche und Staat bot das Deutsche Reich trotz seiner protestantischen Mehrheit die besseren Voraussetzungen. Daneben weist Stehlin auf einen anderen, m. W. bislang außer Betracht gebliebenen Zusammenhang hin. Die deutsche Botschaft in Moskau fungierte als Verbindungsstelle zwischen dem Vatikan und seinen Emissären im bolschewistischen Rußland, und die deutsche Diplomatie legte sich zugunsten der damals hart verfolgten katholischen Bischöfe und Priester ins Mittel. Diese der Öffentlichkeit verborgene Kooperation zwischen Deutschland und

dem Vatikan in der Sowjetunion gibt möglicherweise einen zusätzlichen Erklärungsgrund für die Unterstützung, die der Vatikan dem Reich in seiner großen Krise angedeihen ließ. Als der deutsche Botschafter in Moskau, Brockdorff-Rantzau, den Dank eines vatikanischen Vertreters für die ihm gewährte Hilfe mit dem Wunsch beantwortete, die Kurie möge sich gegebenenfalls entsprechend verhalten, ließ der Papst mitteilen, der Botschafter möge den »Osservatore Romano« lesen. Dort stand wenige Tage später der offene Brief des Papstes über die Reparationsfrage zu lesen.

Das deutsche Publikum hat die sehr weitgehende Hilfe, die das Reich durch den Hl. Stuhl erfuhr, kaum anerkannt. Die Ernennung eines Nuntius bei der Reichsregierung löste in manchen Kreisen Erregungen aus, die aus der zeitlichen Distanz nur noch komisch wirken, aber damals die Kooperation erschwerten. Zusätzlich zu den alten liberalen Vorbehalten gegenüber dem Papsttum trat in der Weimarer Republik mit der völkischen Bewegung, aus der der Nationalsozialismus erwuchs, ein weiterer Gegner von Kirche und Papsttum in Deutschland auf. Gasparri fragte gelegentlich in privater Unterhaltung mit Diplomaten, warum die Kurie etwas für Deutschland tun solle, wenn erhebliche Teile seiner Bevölkerung nichtsdestoweniger ihre Kirchenfeindschaft offen zur Schau trügen (S. 286). Während die Ablehnung der »Völkischen« durch den Vatikan schon sehr früh deutlich wurde (S. 268f.), nahm er zu der mit dem Zentrum kooperierenden Sozialdemokratie eine differenzierte Haltung ein. Der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx kam von einem Besuch in Rom mit dem Eindruck heim, daß die Koalition mit der SPD dort nicht mißbilligt werde. Aber im Urteil über die deutsche Sozialdemokratie waren sich die leitenden Köpfe der Kurie offenbar nicht einig. In Stehlin's Darstellung erscheint der Unterstaatssekretär Pizzardo als ein prononcierter Gegner der Sozialisten, während Gasparri bei aller Ablehnung des Marxismus doch geneigt gewesen sein dürfte, eine gewisse Gleichsinnigkeit mit den Sozialisten in den Bemühungen um internationale und wirtschaftliche Stabilität anzuerkennen (S. 343). Jedenfalls hat der Vatikan es vermieden, sich in den innerdeutschen Streit um die Erlaubtheit der Zusammenarbeit mit den Sozialisten hineinziehen zu lassen und entgegen allen Gerüchten keine autoritative Stellung bezogen. Immerhin gewinnt es für Stehlin den Anschein, daß die Kurie, nachdem die anfänglichen Besorgnisse zerstört waren, welche die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs ausgelöst hatte, angesichts der scharfen sozialistischen Opposition gegen ausreichende konkordatäre Zusicherungen auf kulturpolitischem Gebiet eine Orientierung des Zentrums nach rechts favorisiert hat (S. 321).

Nachdem 1924/25 im deutsch-französischen Verhältnis eine Wende zum Besseren eingetreten war, bedurfte das Reich nicht mehr im gleichen Maße wie vordem der diplomatischen Hilfe des Vatikans. Deutschland hätte den Hl. Stuhl gern als Mitglied im Völkerbund gesehen, um ihn dort an seiner Seite zu haben, aber der Vatikan blieb trotz einer allmählich positiver werdenden Beurteilung der Weltorganisation seiner ursprünglichen Distanz treu (S. 327f.). In der Frage der Auslandsdeutschen, die vom Reich im Völkerbund immer wieder zur Sprache gebracht wurde und für die es gern die Unterstützung der Kurie gewonnen hätte, hielt sich diese klug zurück, soweit nicht der Gebrauch der Muttersprache bei Gottesdienst und Religionsunterricht auf dem Spiel stand. Der Vatikan war nicht bereit, sich durch eine generelle Erklärung über die Rechte von Minderheiten zum Vorspann der deutschen auswärtigen Kulturpolitik machen zu lassen (S. 331-333). Ebenso wenig gelang es den deutschen Föderalisten, die

päpstliche Diplomatie für ihre Zwecke einzuspannen. Die Kurie wollte nicht in Angelegenheiten verwickelt werden, die keinen Bezug zu ihrer Aufgabe und Kompetenz besaßen. Dieses Prinzip der Nicht-Intervention erstreckte sich gegen Ende der zwanziger Jahre auch zunehmend auf außenpolitische Probleme, obwohl Gasparri den europäischen Frieden nach wie vor bedroht sah durch die Entscheidungen, die in oder nach Versailles bezüglich des Rheinlands, des Saargebiets, des polnischen Korridors und Oberschlesiens getroffen waren. Sein Nachfolger machte sich auch in der Ära Brüning nicht zum Vermittler oder Fürsprecher deutscher Wünsche. Eine solche Tätigkeit war anders als vor 1925 auch nicht mehr erforderlich, weil zwischen den Kontrahenten in den Abrüstungs- und Reparationsfragen nunmehr ein direkter Kontakt bestand. Aber die Kurie erkannte mit Genugtuung, daß die schließliche Beilegung der Reparationsfrage in einer Weise erreicht worden war, wie sie schon Benedikt XV. empfohlen hatte. Damit schien eines der Teilziele des Vatikans als Vorbedingung zur Sicherung des Friedens erreicht.

Doch der Aufstieg des Nationalsozialismus schuf neue Gefahren. Als er sich 1933 in Deutschland durchgesetzt hatte, stand die Kurie vor der Entscheidung, sich dem von Hitler geführten Deutschland gegenüber in eine Haltung grundsätzlicher Nichtkooperation zu begeben oder ihre bislang ohne Erfolg gebliebenen Anstrengungen fortzusetzen, durch ein Reichskonkordat die Position der Kirche in Deutschland völkerrechtlich zu begründen. »The Question of Concordates« ist somit folgerichtig das letzte Kapitel in der umfangreichen Arbeit von Stehlin. Dieser Abschnitt des Buches bringt nicht viel Neues, nicht nur weil der vor kurzem verstorbene Ludwig Volk in seiner Arbeit über das Reichskonkordat auch dessen Vorgeschichte behandelt hat, sondern mehr noch, weil die vorangegangene Darstellung die Problematik entwickelt hat, die durch konkordatäre Abmachungen mit dem Reich und/oder den Ländern zu bewältigen war. Auch hat das Argument, daß die Position des Reiches in den Auseinandersetzungen mit Frankreich und Polen um kirchlichen Einfluß in den umstrittenen Gebieten durch ein Konkordat nur gewinnen könne, immer eine Rolle gespielt. Eine Probe aufs Exempel brachte 1924 das bayerische Konkordat, das zwar bezüglich des bayerischen Teils des Saargebiets *in suspenso* bleiben mußte, solange dort der Völkerbund die Verwaltung führte, aber doch in seinem Art. 12 eine Bestimmung traf, daß die Organisation der Jurisdiktionsbezirke in Bayern nur geändert werden könne, wenn die politische Grenzziehung definitiv geändert sei. Damit ging die Kurie die Verpflichtung ein, kein Saarbistum zu errichten, solange das für 1935 vorgesehene Plebiszit nicht gegen eine Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Deutschland entschieden hatte. Allen französischen Wünschen auf die Errichtung eines Saarbistums war durch diesen Vertrag der Kurie mit Bayern ein Riegel vorgeschoben. Die Kurie mochte erwarten, daß das Reich, dem in den ersten Jahren nach 1919 ein Konkordat so hilfreich gewesen wäre, dieses auch abschließen würde, um sich für die zahlreichen guten Dienste erkenntlich zu erweisen, welche es immer wieder vom Hl. Stuhl erhalten hatte. Aber dem standen nicht nur die Kompetenzfragen zwischen Reich und Ländern entgegen, sondern auch die schulpolitischen Forderungen des Vatikans, denen weder die Liberalen noch die Sozialdemokraten nachgeben wollten. Die Spaltwirkung der sozialistischen Kulturpolitik, die von der »kulturpolitischen Offensive« der Sozialdemokraten im Herbst und Winter 1918 an den Zusammenhalt der die neue Republik tragenden Parteien bedrohte, hatte auch hier seine schädliche Wirkung getan. Er

gehört zu den nicht überwundenen Geburtsfehlern der Weimarer Republik. »In den frühen Jahren der Weimarer Ära versäumten das Zentrum und die Sozialdemokratie, zwei Säulen des demokratischen Systems mit breiter Unterstützung der Wählerschaft, eine Übereinkunft über eine gemeinsame Politik zugunsten eines Reichskonkordates, welches das Auswärtige Amt für notwendig hielt. Eine lang dauernde Allianz zwischen ihnen würde sicherlich dazu beigetragen haben, das demokratische System in einer Zeit der Krise aufrecht zu halten« (S. 444). Die Länderkonkordate, von denen das preußische die in den Augen der Kurie wichtigsten Fragen ausklammerte, bedeuteten keinen vollwertigen Ersatz. So schleppte sich das nie fallengelassene Projekt des Reichskonkordates hinein in eine Zeit, in der es für das Reich nicht mehr den Nutzen bringen konnte, den ihm ein früherer Abschluß gesichert hätte. Die Kurie schließlich mochte sich fragen, welchen Vorteil die Kirche aus den vielfältigen Initiativen des Hl. Stuhls zugunsten des Deutschen Reiches zog, wenn eine befriedigende Konkordatslösung ausblieb.

Das Reichskonkordat, das aufgrund einer langen Vorgeschichte, die sich durch die ganze Weimarer Zeit hindurchzieht, im Sommer 1933 von der neuen Regierung Hitlers mit großer Schnelligkeit ausgehandelt werden konnte, hatte eine andere Funktion für Staat und Kirche, als sie dem Vertrag zugekommen wäre, den die Kurie mit der Weimarer Republik abgeschlossen hätte. Diese zu schildern, liegt jedoch jenseits der Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt und so eindrucksvoll bewältigt hat.

Bede Griffiths und die Einzigartigkeit des Christentums

Von Wayne Teasdale

Es ist schon fast sprichwörtlich, daß einer, der auf der Suche nach Weisheit in den Osten pilgert, am Ende die geistigen Schätze des Westens entdeckt. Viele haben diese Erfahrung gemacht. Genauer gesagt: Oft entdecken Menschen aus Europa und Amerika, die die eigene Religion aufgegeben oder nie gekannt haben, jedoch nach Gotteserfahrung hungern, ihre geistigen Wurzeln erst, nachdem sie in Indien eine der asiatischen Religionen praktiziert haben. Christen entdecken dann Christus und die mystische Tradition der Kirche wieder neu. Ähnliches kann selbst einem erfahrenen Kontemplativen geschehen. Das intensive Studium anderer Traditionen und der persönliche Kontakt mit ihnen ermöglichen ihm ein tieferes Eindringen in das Geheimnis des Christentums; er sieht Christus dann in einem helleren Licht als zuvor. So erging es Bede Griffiths.

Er kam 1955 nach Indien, um dort Benediktinisches Mönchtum einzuführen. Dieser Reise in den Osten gingen 24 Jahre monastischen Lebens in England voraus; im Dezember 1931 war er in die Kirche aufgenommen worden.¹ Griffiths hat Sanskrit

¹ Näheres zu seinem Leben vor der Übersiedlung nach Indien in seiner Autobiographie, *The Golden String*, Springfield, Ill. 1980. Das Buch wurde zuerst 1954 herausgegeben. Griffiths erzählt dort von seiner Jugend, den Jahren in Oxford und seiner langen Freundschaft mit C. S.